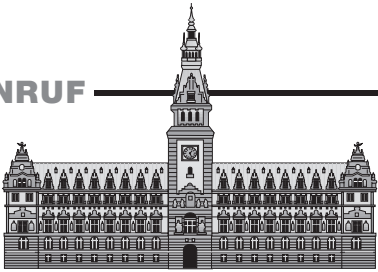


ZWISCHENRUF



Echtes Stehvermögen

Elisabeth Stimming

Sie haben Nerven wie Drahtseile und ungewöhnliches Stehvermögen. Außerdem werden sie auf Zuruf taub. Eigentlich nichts, was mich stören sollte. Doch da ist ein Haken: Diese Menschen setzen ihr Talent mit Vorliebe in Bussen ein. Genauer: Sie steigen zu und bleiben stehen. Auf der Stelle. „Machen Sie bitte den Türbereich frei, die Türen schließen sonst nicht, und ich kann nicht losfahren“, bittet der Busfahrer. Die Ampel springt auf Grün, auf Rot . . . Die Fahrgäste tuscheln, rollen die Augen. Keine Bewegung. Der Fahrer fleht: „Bitte! Machen Sie den Türbereich frei!“ Doch die Typen spielen ihre Rolle glänzend: unbewegte Miene, der Blick geht ins Leere. Beim vierten Grün haben sie endlich kapiert: Sie halten den Betrieb auf. Als ich klein war, gab es einen Satz für solche Fälle: „Schade, wenn man doof ist.“

■ ■ ■

ELTERNGELD

SPD-Böwer kritisiert Berliner Vorhaben

In der Hamburger SPD regt sich Widerstand gegen die familienpolitischen Vorhaben der großen Koalition in Berlin. Der Bürgerschaftsabgeordnete Thomas Böwer hat massive Kritik an den Plänen für ein „Elterngeld“ geübt, wonach Eltern nach der Geburt eines Kindes für ein Jahr zwei Drittel ihres Nettolohns bekommen, wenn sie das Kind erziehen. „Das ist ein familienpolitisches Strohfeuer“, so Böwer. Schließlich müßten Eltern ihre Kinder nicht nur für ein Jahr, sondern über Jahrzehnte finanzieren. „Es wäre viel sinnvoller, die Steuerfreibeträge für Kinder zu erhöhen“, sagte Böwer. (jmw)

SYMPOSIUM

Beust spricht vor Bankenverband

Bürgermeister Ole von Beust (CDU) spricht morgen beim Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken im Curiohaus. Von Beust hält einen Vortrag zum Thema „Welches Europa überzeugt die Bürger?“. Zu weiteren Gästen der Veranstaltung gehört die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Prof. Gesine Schwan. (schmoo)

AIDSHILFE

Senat weist Kritik zurück

Der Senat weist die Kritik von SPD und GAL an Kürzungen bei der Aidshilfe zurück. Auch im nächsten Jahr werde das Aidhilfesystem mit einer Million Euro aus Steuermitteln gefördert, so die Senats-Pressestelle. Durch die Absenkungen werde es aber keine Leistungsbeschränkungen geben. (schmoo)

VOGELGRIPPE

CDU warnt vor Hysterie

„Die Hysterie vor der Vogelgrippe ist viel größer als die tatsächliche Gefahr“, erklärt Harald Krüger, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Er fordert deshalb die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit auf, mit sachgerechter Aufklärung der weit verbreiteten Verunsicherung zu begegnen. Nach übereinstimmenden Aussagen aller wissenschaftlichen Institute sei bislang kein Fall einer Übertragung von Mensch zu Mensch bekannt geworden. (schmoo)

MIGRATION

GAL will besseres Integrationsangebot

Anlässlich der anhaltenden gewalttätigen Ausschreitungen in Frankreich fordert die migrationspolitische Sprecherin der GAL-Fraktion, Nebahat Güclü, bessere Teilhabe- und Bildungschancen sowie ein breiteres Integrationsangebot für Migranten in der Hansestadt. Die Situation in den Pariser Vororten spiegelt die über Jahre angestaute Wut, Frustration und Perspektivlosigkeit junger Menschen wider, die vom politischen System an den Rand gedrängt worden sind. „Die Lage vieler Migranten in Hamburg ist ähnlich hoffnungslos“, so Güclü. (schmoo)

BILLSTEDT

Neuer Vorsitzender im Ortsausschuß

David Erkalp (31, CDU) ist neuer Vorsitzender des Ortsausschusses Billstedt. Die bisherige Vorsitzende, Jutta Schaardt (CDU), zog sich berufsbedingt zurück. (ug)

Taxi-Krise: Behörde lehnt Konzessionsstopp ab

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt lehnt es trotz der Krise im Taxi-Gewerbe ab, einen Konzessionsstopp zu verfügen. Behördensprecherin Helma Krstanoski sagte dem Abendblatt: „Nach Artikel zwölf des Grundgesetzes genießen alle Deutschen das Recht der freien Berufswahl.“ Ein Antrag könne nur dann abgelehnt werden, wenn zu belegen sei, daß durch die Zulassung dieses neuen Unternehmers das Hamburger Taxengewerbe insgesamt in seiner Funktionsfähigkeit bedroht wäre. Dafür gebe es in Hamburg keine Anzeichen.

Ganz anders sehen das Martin Berndt, Vorstand des Hamburger Taxiverbandes, und Alexander Lux, zweiter Vorsitzender des Landesverbandes für das Personenverkehrsgewerbe. Sie hatten im Abendblatt über massive Umsatzeinbrüche in der Branche geklagt. Die Hälfte der Fahrer liege mit ihrem Einkommen unter dem Sozialhilfesatz.

„Ein Konzessionsstopp ist der falsche Weg“, sagte der GAL-Verkehrsexperte Jörg Lühmann. Gut

wäre dagegen die Einführung sogenannter Fiskaltaxameter, die alle Daten speichern. Dadurch würde es unmöglich gemacht, Fahrten nicht abzurechnen. „Es müssen vor allem die korrekt arbeitenden Betriebe geschützt werden. Wenn die Kontrollen gut sind, wird sich die Zahl der Taxis von selbst regulieren“, sagte er.

Der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Klaus-Peter Hesse glaubt, daß sich die Probleme durch strengere Qualitätsstandards lösen lassen. „Die Schwierigkeit ist aber, daß man bei fünf

Hamburger Taxiverbänden fünf unterschiedliche Meinungen zu hören bekommt.“ Die CDU werde sich mit allen Verbänden zusammensetzen, sobald erste Ergebnisse eines jetzt in Auftrag gegebenen Gutachtens bekannt seien.

Tatsächlich herrscht unter den Hamburger Taxiverbänden große Uneinigkeit. So übte der Geschäftsführer von Hansa-Funktaxi und Vorsitzende der Taxen-Union, Jürgen Kruse, gestern massive Kritik am Vorstoß von Lux und Berndt. „Von einer Krise kann keine Rede sein“, sagte er.

Wenn einzelne Unternehmer Probleme hätten, seien sie selbst schuld. Sie müßten sich einfach strenger organisieren. „Bei uns fahren 700 Taxis sehr erfolgreich. Das ist Arbeit für 1500 Menschen“, sagte Kruse.

„Blödsinn“, hält Martin Berndt dem entgegen. „Es geht den Hansa-Unternehmern zwar ein bißchen besser. Aber auch sie bewegen sich unter der Grasnarbe, was die wirtschaftliche Betriebsführung angeht. Herr Kruse versucht natürlich, sein Unternehmen gut darzustellen.“ (kab)

Heiße Ware aus China



Axel Hirth vom Zollfahndungsamt inmitten beschlagnahmter Kleidung. 32 Container aus China lagern in einer Halle im Hafen. FOTO: LÜTTGEN

Daunenjacken mit Fellkragen, Jeans und T-Shirts, Damenunterwäsche und bunte Schals: Berge von Kleidung stapeln sich im Zollfahndungsamt Hamburg in der Sicker Landstraße (Rahlstedt). „Das ist aber nur ein kleiner Teil, der Rest liegt in einer extra angemieteten Lagerhalle im Hafen“, sagt Axel Hirth (43), Sprecher des Amtes. Der Rest, das sind etwa 700 000 Textilien, alle ohne die erforderlichen Genehmigungen aus China eingeschifft (wir berichteten). Bis zu 300 000 Euro Schaden soll dem Steuerzahler dadurch entstanden sein. „Es wird noch Monate dauern, alle Kleidungsstücke aufzulisten“, sagt Hirth.

Am 7. September stießen Beamte des Zollamtes Hamburg-Oberelbe in der Markmannstraße (Rothenburgsort) erstmals auf Unstimmigkeiten in den Rechnungen und Angaben des Warenwertes. Bei der Containeruntersuchung stellte sich heraus, daß

in den Kartons nur Kleidung lag, für die es keine Genehmigung gab. Absender der Fracht sind unbekannt. „Die Hintermänner agieren durch Scheinfirmer“, sagt Hirth.

Insgesamt lagern 32 Container, die alle aus China stammen, in der 1200 Quadratmeter großen Halle im Hafen. „Einen Container zu lagern kostet knapp 1000 Euro“, sagt Hirth. Offiziell sollten alle Waren nach Ungarn, Tschechien und Polen geliefert werden. „Es ist aber nicht auszuschließen, daß diese Länder nur als Zwischenstopp dienen und alles später wieder nach Deutschland gebracht werden sollte“, sagt Hirth.

Asiatische Hintermänner setzten ihre Ware nun vermutlich über andere Häfen ab. Deshalb hat der Zoll jetzt Warnmeldungen herausgegeben. Die Kleidungsstücke werden nach den Ermittlungen verbrannt oder für wohltätige Zwecke gespendet. (vlkf)

CDU BÜRGERBEGEHREN INITIIERT

Heiko Hecht probt den Aufstand

Der Politiker sammelt Unterschriften für den Verbleib Finkenwerders im Bezirk Mitte. Empörung über Begriff „Ermächtigungsgesetz“.



Gibt den Kampf um Finkenwerder nicht auf: der Bürgerschaftsabgeordnete Heiko Hecht (27). FOTO: M. ZAPF

Matthias Schmooek

Der Bürgerschaftsabgeordnete Heiko Hecht (27, CDU) will mit einem Bürgerbegehren dafür sorgen, daß Finkenwerder beim Bezirk Hamburg-Mitte verbleibt und nicht an Harburg abgegeben wird. Dafür müssen vor Ort ab sofort mindestens 6000 Unterschriften gesammelt werden, die

„Heiko Hecht überzieht sein Engagement für Finkenwerder schon seit Wochen“, sagte ein CDU-Mitglied.

pressen lasse. Dazu Heiko Hecht: „Ich sehe nichts von einer Erpressung, das kann ich nicht nachvollziehen.“ Eine andere Äußerung Hechts hatte auf der Tagung für erheblichen Ärger gesorgt. Der Abgeordnete hatte die Verwaltungsreform mit einem „Ermächtigungsgesetz“ verglichen. Ein solches Gesetz gibt einer Regierung befristete Sonderrechte unter weitgehender Ausschaltung

des Parlaments. Piktant: Hitler mißbrauchte das Ermächtigungsgesetz von 1933 zur Einführung der Diktatur, das Gesetz wird seitdem Gemeinhin mit dem Beginn der Naziherrschaft in Verbindung gebracht. Wie Ohrenzeugen berichten („man glaubt gar nicht, was da los war“), hatte Hechts Äußerung in Jestedburg für laute Proteste gesorgt. Hecht selbst spricht jetzt von einem „Riesenfehler“ und einer „Riesendummheit“. Er habe keinen inhaltlichen Vergleich mit den Nationalsozialisten herstellen wollen und sich noch in der Sitzung für seine „Emotionalität“ entschuldigt.

„Heiko Hecht überzieht sein Finkenwerder-Engagement seit Wochen“, so ein CDU-Mitglied, „nun auch sprachlich.“ Andreas C. Wankum, der Hechts verbalen Aussetzer in Jestedburg verärgert gekontert hatte, bricht jetzt eine Lanze für den Fraktionskollegen. „Er ist ein anständiger Kerl und hat sich da vergaloppiert. Mir war wichtig, daß man Begriffe wie „Ermächtigungsgesetz“ nicht relativieren darf.“ Laut Wankum sei die Sache damit jetzt erledigt.

GAL gibt Senat schlechte Noten

Die GAL hat Bürgermeister Ole von Beust (CDU) vier Jahre nach dessen Amtsübernahme ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Während der CDU-Senat Hamburg zu einer internationalen Metropole entwickeln wolle, vernachlässige er den inneren Zusammenhalt. Das habe zu neuem „sozialen Zündstoff“ geführt, sagte GAL-Fraktionschefin Christa Goetsch in ihrer Bilanz der Hamburger CDU-Politik seit Ende 2001.

In der Bildungspolitik habe der Senat „versagt“, so Goetsch. Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig habe nicht etwa, „das Porzellan gekittet, das ihr Vorgänger, der Konteradmiral, zerschlagen hat“, so die Fraktionschefin, „sondern sie macht einen Dauerpolterabend“. Obwohl sich alle Experten einig seien, daß eine frühkindliche Förderung elementar sei, habe der Senat Vorschulgebühren eingeführt. Das Kita-System benachteilige diejenigen Kinder, die Förderung besonders nötig hätten. Statt die Sprachförderung zu verstärken, würden Stellen und Mittel an Schulen abgebaut.

Der Bürgermeister regiere wie ein Monarch, so Fraktionschefin Christa Goetsch. Nach vier Jahren Beust-Regierung gebe es viel „sozialen Zündstoff“.

gehe. Dies sichere ihm zwar noch eine hohe Zustimmung bei den Hamburgern, sagte GAL-Fraktionsvize Willfried Maier – führe aber bereits zu „Verschleißerscheinungen auf Senatorebene“.

Besonders hart attackierten Goetsch und ihre Stellvertreter Willfried Maier und Christian Maaß Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram (CDU). Deren Verhalten sei eine „Katastrophe“ – angesichts der Skandale in der Geschlossenen Unterbringung, dem Ausschuß

zum Tode der kleinen Jessica und bei den Fällen vernachlässigter Kinder sowie der ausufernden Gewalt zwischen Jugendlichen. Besonders verstörend sei es, daß die Senatorin bei all diesen Fällen „emotional selbst am unbeteiligt“ wirke. Goetsch sagte, Schnieber-Jastrams offensichtliche Inkompetenz zeige sich auch daran, daß sie öffentlich und in Ausschusssitzungen kaum selbst einmal Auskunft gebe, und stattdessen stets Mitarbeiter auf Fragen antworten lasse. Maaß warf der CDU Versäumnisse in der Umweltpolitik vor. So ignoriere der Senat das Feinstaubproblem und kümmere sich nicht um Lärmschutz – obwohl viele Hamburger durch extremen Straßenlärm beeinträchtigt würden.

Fraktionsvize Maier faßte die Lage aus seiner Sicht so zusammen: „Auf der Arbeitsebene passiert ein Unfall nach dem anderen, und oben wird unbeindruckt gethront.“ Das werde nicht mehr lange gut gehen, so Maiers Prognose. „Der Ballon ist aufgeblasen. Jetzt geht allmählich die Luft raus.“ (jmw)

Strahlenskandal: Gutachter belastet Hübener

Im Prozeß gegen den ehemaligen Chef der Strahlenabteilung des UKE, Klaus Henning Hübener, hat ein Sachverständiger gesagt, es gebe „keinen Zweifel“, daß eine ehemalige Patientin des 62jährigen „an den Folgen der Strahlentherapie verstorben ist“. Der vor zwölf Jahren im Zusammenhang mit dem UKE-„Strahlenskandal“ vom Dienst suspendierte Mediziner ist wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Laut Staatsanwaltschaft war eine an Darmkrebs erkrankte Frau unter Hübeners Leitung entgegen der ärztlichen Kunst mit einer zu hohen Strahlendosis behandelt worden. Die Frau erlitt demnach schwerste Strahlenschäden, die zu ihrem Tod führten. Laut Gutachter hätte eine „andere Strahlentherapie nicht zu diesen Komplikationen geführt“. Hübener zeigte gestern Mitgefühl mit dem Schicksal der Frau. „Ich bin sehr betroffen und habe großes Mitleid empfunden für sie und ihren Mann.“ Er habe damals den Patienten die Behandlung „mit bestem Gewissen empfohlen“. Der Prozeß wird fortgesetzt. (bem)

Großer Jubiläumstag
Gratulieren. Genießen. Gewinnen.
9. November 2005

25 JAHRE • DAS SCHÖNSTE VIERTEL HAMBURGS •

Wir laden Sie ein!
Unterhaltung der Extraklasse mit einem Jazz-Brunch, der „Maria Callas der Lüfte“ und lassen Sie sich vom Musical „Herrscher der Löwen“ verzaubern.
Außerdem viele weitere Überraschungen und Gewinnspiele!

HANSEVIERTEL
HAMBURG

HANSEVIERTEL • Poststraße/Große Bleichen • 20354 Hamburg • www.hanseviertel.de

Hamburger Abendblatt

Verantwortliche Redakteure dieser Ausgabe:
Politik, Seite 3, Nord: Hans-Joachim Nöh;
Kultur, Medien, Live: Hans-Jürgen Fink; Hamburg, Seite 1 und alle nicht gesondert ausgewiesenen Ressorts: Karl-Günter Barth;
Anzeigen: Bernd Klein (verantwortlich)

Verlag: Axel Springer AG,
20350 Hamburg, Axel-Springer-Platz 1
Druck: Axel Springer AG,
Hamburg und Ahrensburg

BEILAGEN-HINWEIS

HEUTE FÜR SIE IM ABENDBLATT!

Die Prospektbeilagen liegen der Gesamtauflage oder in Teilaufgaben bei.

Peek & Cloppenburg

KARSTADT

Höffner

Prospektbeilagen werben erfolgreich.
Information, Beratung, Kontakt:
Tel. 040 / 34 72 39 65, Fax 040 / 34 28 02
E-Mail: ragna.andresen@abendblatt.de